

AfD-Antrag im Abgeordnetenhaus: Sofort Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts an den Schulen!

BERLIN – Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ziel: Die sofortige uneingeschränkte Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts für die Schüler in Berlin. Oberster Grundsatz der Pandemiebekämpfung sei die Konzentration auf Risikogruppen. Und Schüler gehörten nicht dazu.

AFD-Bildungsexperte Franz Kerker: „Wir fordern die Rückkehr zum Präsenzunterricht auch in Pandemie-Zeiten, um eine Bildungskatastrophe abzuwenden und das drohende Fiasko einer ‚Generation Lockdown‘ zu verhindern!

Konkret fordert die Partei in dem Antrag:

- Schnelltests auf Infektionen mit SARS-CoV-2 sollen bedarfsorientiert an Schulen vorgehalten werden.
- Identifizierte Lernrückstände der Schüler müssen aufgeholt werden. Dafür sind Förderprogramme am Nachmittag und Ferien- und Samstagsangebote bereitzustellen, jeweils unter Einbindung privater Träger
- Auf dem Wegesystem in der Schule (Flur und Treppenhaus) ist eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen. Schüler der Primarstufe sollen vom Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung ausgenommen werden.
- Die Klassenzimmer sind regelmäßig zu lüften. Wo dies nicht möglich ist, sind Luftfiltersysteme einzusetzen.

Der Senat beschleunigt die Auslieferung der Luftfiltergeräte und erstattet zur Ausstattung der Schulen mit Luftfiltersystemen Bericht.

Die AfD berichtet, dass sich Eltern ihr gegenüber sehr skeptisch in Bezug auf den Distanzunterricht äußern. Besonders bei der Plattform „Lernraum Berlin“ habe es bereits im Jahr 2020 ständig Schwierigkeiten gegeben.

13-Jähriger schlägt Schulleiterin ins Gesicht

WILMERSDORF – An einer Schule in Wilmersdorf hat ein aggressiver 13-Jähriger gestern seine Rektorin ins Gesicht geschlagen und damit gedroht, er werde mit einem Messer zurückkommen, um weitere Schüler und Lehrer zu bedrohen.

Begonnen hatte alles gegen 12.30 Uhr, als der Junge zunächst einen Sozialarbeiter und den Hausmeister der Schule beleidigt und damit gedroht hatten, sich selbst zu verletzen. Er werde mit einem Messer zurückzukehren und Schüler und Lehrer verletzen. Als er das Schulgelände verlassen hatte, hielten ihn Mitarbeitern der Schule fest, woraufhin der Schüler der Rektorin mit der Faust ins Gesicht schlug. Alarmierte Polizisten entdeckten den flüchtenden 13-Jährigen kurz darauf an einer Bushaltestelle in der Westfälischen Straße und sprachen ihn an, woraufhin er die Beamten beleidigte und sich aggressiv verhielt. Da zu diesem Zeitpunkt nicht auszuschließen war, dass er ein Messer bei sich hatte, wurde er „auf den Boden gebracht“ (Polizeibericht) und vorübergehend festgenommen. Auch dabei schlug und beleidigte der Junge die Einsatzkräfte.

Ein Rettungswagen brachte ihn schließlich zur stationären Aufnahme in eine Kinder- und Jugendpsychiatrie. Seine Mutter wurde von den Einsatzkräften verständigt.

Kind eines Berliner AfD-Politikers darf nicht auf Waldorfschule

BERLIN – Eine Berliner Waldorfschule (Foto), die im vergangenen Herbst das Kind eines AfD-Politikers zur Aufnahme in die Schule abgelehnt hatte, hat rechtmäßig gehandelt. Das beschied jetzt die Schulverwaltung des Senats. Begründung: Grundsätzlich hätten Privatschulen das Recht, sich ihre Schüler selbst auszusuchen. Beschränkungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gebe es nur in Fällen der „Benachteiligung aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft“.

Lehrer-Meldeportal startet – Pazderski (AfD): „Wir wollen die politisch neutrale

Schule“

BERLIN – Die AfD startet ein Internetportal, auf dem Schüler und Eltern Lehrer melden können, wenn die gegen ihre Neutralitätspflicht verstoßen. Der Aufschrei bei Gewerkschaften und linken Politikern in Berlin ist groß. Wir haben uns gedacht: fragen wir mal direkt beim Verursacher der Aufregung nach. *Berlin.jetzt* im Gespräch mit dem Fraktionschef der AfD im Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski:

Herr Pazderski, ab heute sollen Berliner Schüler AfD-kritische Lehrer melden können. Die Bildungssenatorin und die Gewerkschaften haben zum Widerstand aufgerufen. Warum säen Sie soviel Unruhe an den Schulen?

Die Unruhe war schon vorher da, denn viele Eltern und Schüler haben seit langem den Eindruck, dass von einigen Lehrern ein politisch einseitiges Weltbild verbreitet wird. Das geht soweit, dass Schüler regelrecht zu einer bestimmten politischen Auffassung erzogen werden. Das ist nicht akzeptabel.

Wenn es solche Einzelfälle gibt, können diese doch aber auch bei der Schule oder dem Schulamt gemeldet werden. Wozu dann diese Kampagne?

Durch die übergeordnete Stellung des Lehrers trauen Schüler sich oft nicht, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie Angst vor Ausgrenzung oder schlechteren Noten haben. Genauso geht es ihren Eltern. Trotz Hinweisen ihrer Kinder in der Schule schweigen sie lieber, weil sie fürchten, dass ihr Kind benachteiligt werden könnte. Darum wollen wir Schüler, Eltern und Lehrer verstärkt für dieses Problem sensibilisieren. Auch Schüler haben demokratische Rechte und in der Schule muss es einen großen Respekt vor der Meinungsfreiheit geben. Das gilt insbesondere für die Meinungen, die dem linken Zeitgeist unbequem sind.

Lehrer empfinden das aber als Denunziantentum...

Ich hätte mir gewünscht, dass die krakeelenden Kritiker sich das Portal erst einmal angeschaut hätten, bevor sie dagegen hetzen. Wir halten jeder Kritik stand. Die frei von Links erhobenen Vorwürfe und Vergleiche sind absurd und entbehren jeder Grundlage. Wir wollen die politisch neutrale Schule. Das ist geltendes Recht. Wer sich darüber hinwegsetzt, muss mit Kritik rechnen. Deswegen ist auch die Meldung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot legitim.

Damit sind aber Missbrauch und Hetze Tür und Tor geöffnet. Wie wollen Sie das verhindern?

Wir gehen da ganz gelassen ran. Für uns hat stets die schulinterne Lösung Vorrang. Oft lässt sich mit einem persönlichen Gespräch die Angelegenheit sofort klären. Dazu raten wir ausdrücklich. Erst wenn sich Schüler und Eltern nicht trauen, Probleme direkt mit dem Lehrer oder der Schulleitung zu besprechen, werden wir aktiv. Liegt ein begründeter Anfangsverdacht vor, bieten wir an, den Vorgang unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte zur **Überprüfung** an die Schulleitung oder **Schulbehörde** weiterzuleiten. Wir werden aber nichts ohne Rücksprache mit den Schülern und Eltern unternehmen und selbstverständlich alle uns übermittelten Daten vertraulich behandeln und keinesfalls veröffentlichen. Als Realpolitiker zählt für uns die Lösung, nicht die Show, wie bei den Altparteien.